

Berlin, 25. Februar 2016
zyk-fb



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Bundesvorstand

Studie zu Privatisierung der Daseinsvorsorge in Deutschland vorgestellt – Gesellschaft des Bundes soll privatem Kapital Zugang zur öffentlichen Infrastruktur verschaffen

MEDIENINFORMATION

5 In der Diskussion um die Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft le-
gen die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und die Rosa-
Luxemburg-Stiftung eine Studie vor, die die Entscheidung der Länderver-
kehrsminister gegen einen solchen Schritt ausdrücklich unterstützt. Darin wird
10 aufgezeigt, dass das von der Fratzscher-Kommission vorgeschlagene Projekt
Bundesfernstraßengesellschaft zeitlich bereits deutlich vor der Vorstellung des
Kommissionsberichts von der Regierung vorbereitet wurde und weiterhin mit
flankierenden Gesetzen begleitet wird. Es wird deutlich, dass die Bundesre-
gierung weit mehr als eine Verwaltungsreform anstrebt. Das Vorhaben ist
demnach eingebettet in eine Reihe von Gesetzen, die das eigentliche Ziel
15 stützen sollen, privatem Kapital den Zugang zu öffentlichen Infrastrukturen
und den daran gekoppelten Steuer- und Gebührengeldern zu verschaffen,
heißt es in der Studie der Autoren Katja Thiele und Carl Waßmuth vom Ge-
meingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V.

20 „Eine wie von der Bundesregierung geplante Privatisierung der öffentlichen
Infrastruktur bedroht 18.000 Arbeitsplätze in den Auftragsverwaltungen der
Länder“, sagt ver.di-Bundesvorstandsmitglied **Wolfgang Pieper**. ver.di begrü-
ße daher das Votum der Länderverkehrsminister und warnt gleichzeitig vor
einem Kompromiss, der eine Privatisierung durch die Hintertür ermöglichen
würde.

25 Der Studie zufolge steht das Vorhaben Bundesfernstraßengesellschaft im
Zusammenhang mit laufenden und geplanten öffentlich-privaten Partnerschaf-
ten (ÖPP), mit denen derzeit schon Privatkapital auf Projektebene mobilisiert
wird. Mit einem zentralisierten und im Privatrecht angesiedelten Unternehmen
des Bundes etwa in Form einer Fernstraßengesellschaft könnten ÖPP institu-
tionalisiert werden. Pieper weist darauf hin, dass dies ebenso für eine Finan-
zierungsgesellschaft oder „Kapitalsammelstelle“ gelte, wie sie in dem von den
30 Ländern unterstützten Vorschlag der Bodewig-Kommission unterbreitet wird.
Insgesamt geht es um die Privatisierung von Auftragsvolumina in der Größen-
ordnung von 150 bis 300 Mrd. Euro. Der Verkehrssektor bietet damit viel
Raum für potenzielle Anleger, was aber deutlich höhere Kosten für Steuer-
und (Maut-)Gebührengeldern bedeuten würde.

35 *Rückfragen zur Studie: Carl Waßmuth, Vorstand GiB e.V., 0179-7724334,
carl.wassmuth@gemeingut.org*

40 *Studie abrufbar unter <http://tinyurl.com/hrznjnm>*

V.i.S.d.P.:

Jan Jurczyk
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011
und -1012
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:
pressestelle@verdi.de